

Germany-Hamburg: Engineering services

OJ S 173/2014 10/09/2014

Contract notice

Services

Directive 2004/18/EC

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: VBG – Hauptverwaltung

Postal address: Deelbögenkamp 4

Town: Hamburg

Postal code: 22297

Country: Germany

For the attention of: Herrn J. Buchholz

Fax: +49 4051462395

Internet address(es):

General address of the contracting authority: www.vbg.de

Additional information can be obtained from:

Official name: VBG – Hauptverwaltung

Postal address: Deelbögenkamp 4

Town: Hamburg

Postal code: 22297

Country: Germany

For the attention of: Herrn J. Buchholz

Fax: +49 4051462395

Internet address: www.vbg.de

Specifications and additional documents (including documents for competitive dialogue and a dynamic purchasing system) can be obtained from:

Official name: VBG – Hauptverwaltung

Postal address: Deelbögenkamp 4

Town: Hamburg

Postal code: 22297

Country: Germany

For the attention of: Herrn J. Buchholz

Fax: +49 4051462395

Internet address: www.vbg.de

Tenders or requests to participate must be submitted: Official name: VBG – Hauptverwaltung

Postal address: Deelbögenkamp 4

Town: Hamburg

Postal code: 22297

Country: Germany

For the attention of: Herrn J. Buchholz

Fax: +49 4051462395

Internet address: www.vbg.de

I.2. Type of the contracting authority

Body governed by public law

I.3. Main activity

Social protection

I.4. Contract award on behalf of other contracting authorities

The contracting authority is purchasing on behalf of other contracting authorities: no

Section II: Object of the contract

II.1. Description

II.1.1. Title attributed to the contract by the contracting authority

Tragwerksplanung der Leistungsphasen 4 bis 8 für Erweiterungsneubau der Klinik für Berufskrankheiten in Bad Reichenhall.

II.1.2. Type of contract and place of performance or delivery

Services

Service category No 12: Architectural services; engineering services and integrated engineering services; urban planning and landscape engineering services; related scientific and technical consulting services; technical testing and analysis services

Main site or place of performance: Klinik für Berufskrankheiten Bad Reichenhall, Münchner Allee 10, 83435, Bad Reichenhall.

NUTS code DE215 Berchtesgadener Land

II.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

The notice involves a public contract

II.1.4. Information about framework agreement

II.1.5. Short description of the contract or purchase(s)

Die VBG plant den Neubau eines Erweiterungsbaus der BG Klinik für Berufskrankheiten Bad Reichenhall. Der Neubau soll künftig das zentrale Empfangsgebäude mit einem bis zum Dach offenen Atrium sein. Neben Patientenzimmern in den Obergeschossen soll der Neubau weitere zentrale Einrichtungen für die gesamte Klinik aufnehmen. Das sind insbesondere Verwaltungseinheiten, Behandlungsräume ohne technisch aufwendige medizinische Einrichtungen sowie die Küche und Restauration. Mit dem Bestandsgebäude ist eine Brückenverbindung im 2. OG vorgesehen. Parallel finden in den verbleibenden Bauteilen 2 und 3 im laufenden Klinikbetrieb Sanierungsarbeiten statt. Die zu vergebenden Tragwerksleistungen (§ 51 HOAI) bestehen aus: Genehmigungsplanung (Leistungsphase 4) bis einschließlich Vorbereitung der Vergabe (Leistungsphase 6) zzgl. weiterer besonderer Leistungen, welche auch die Mitwirkung bei der Vergabe (Leistungsphase 7) sowie die Objektüberwachung (Leistungsphase 8) betreffen. Die geschätzten Baukosten betragen ca. 9 500 000 EUR. Der Neubau soll künftig das zentrale Empfangsgebäude mit einem bis zum Dach offenen Atrium sein. Neben Patientenzimmer in den Obergeschossen soll der Neubau weitere zentrale Einrichtungen für die gesamte Klinik aufnehmen. Das sind insbesondere Verwaltungseinheiten, Behandlungsräume ohne technisch aufwendige medizinische Einrichtungen sowie die Küche und Restauration. Mit dem Bestandsgebäude ist eine Brückenverbindung im 2. OG vorgesehen. Die Brücke ist planerisch dem Neubau zugeordnet. Parallel sollen die verbleibenden Bauteile 2 und 3 im laufenden Klinikbetrieb umgebaut und saniert werden. Die Fertigstellung des Bauteils 3 ist für 2015 vorgesehen, die Fertigstellung des Bauteils 2 für 2017.

II.1.6. CPV code(s)

II.1.7. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

II.1.8. Lots

This contract is divided into lots: no

II.1.9. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2. Scope of the procurement

II.2.1. Total quantity or scope

Leistungen der Tragwerksplanung nach §§ 49 ff. HOAI (Leistungsphasen 4-6): Der Auftragnehmer übernimmt sämtliche Fachplanungsleistungen betreffend die Tragwerksplanung der Leistungsphasen 4 (Genehmigungsplanung) bis 6 (Vorbereitung der Vergabe) für alle Objekte im Sinne von § 2 Abs. 1 HOAI (Gebäude, Innenräume, Anlagen) betreffend die Baumaßnahme der Klinik für Berufskrankheiten in Bad Reichenhall. Daneben übernimmt der Auftragnehmer auch folgende Leistungen, die zum Teil erst bei der Mitwirkung bei der Vergabe (LPH 7) und der anschließenden Objektüberwachung (LPH 8) anfallen: Ingenieurtechnische Kontrolle der Ausführung des Tragwerks auf Übereinstimmung mit den geprüften statischen Unterlagen, Mitwirkung und Prüfung alternativer Ausführungsvorschläge, Nachweise für absturzsichernde raumhohe Verglasungen (Halle, Konferenzsaal, Treppenhaus, etc.) nach den technischen Regeln für die Verwendung von absturzsichernden Verglasungen (TRAV) bzw. evtl. mit Einzelnachweis (Zustimmung im Einzelfall).

II.2.2. Information about options

Options: no

II.2.3. Information about renewals

II.3. Duration of the contract or time limit for completion

Duration in months: 6 (from the award of the contract)

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions related to the contract

III.1.1. Deposits and guarantees required

Siehe Vergabeunterlagen.

III.1.2. Main financing conditions and payment arrangements and/or reference to the relevant provisions governing them

Siehe Vergabeunterlagen.

III.1.3. Legal form to be taken by the group of economic operators to whom the contract is to be awarded

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

III.1.4. Contract performance conditions

The performance of the contract is subject to particular conditions: yes

Description of particular conditions: Im Auftragsfall muss eine Berufshaftpflichtversicherung abgeschlossen sein, deren Deckungssummen mindestens 1 500 000 EUR pro Schadensfall

für Personenschäden und 500 000 EUR pro Schadensfall für sonstige Schäden betragen. Dabei muss die Gesamtleistung des Versicherers für alle Versicherungsfälle eines laufenden Jahres das zweifache der oben genannten Deckungssummen betragen. Die Berufshaftpflichtversicherung ist für die Dauer der Vertragsdurchführung aufrecht zu erhalten.

III.2. Conditions for participation

III.2.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions: Bewerber mit Sitz im Ausland haben gleichwertige Bescheinigungen ihres Herkunftslandes vorzulegen:

1. Angabe zur Organisationsform innerhalb des Bewerbers (Einzelbewerber, Mitglied einer Bewerbergemeinschaft oder Dritter/Nachunternehmer). Hierfür kann das von der Auftraggeberin bereitgestellte Formblatt verwendet werden.
2. Bewerbergemeinschaften haben eine Bewerbergemeinschaftserklärung abzugeben, aus der sich die Firmen aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft, die Absicht ihres Zusammenschlusses zu einer Bietergemeinschaft im Falle der Auswahl im Teilnahmewettbewerb und die Absicht ihres Zusammenschlusses zu einer gesamtschuldnerisch haftenden Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall sowie ein bevollmächtigtes Mitglied der Bewerbergemeinschaft ergeben. Hierfür kann das von der Auftraggeberin bereitgestellte Formblatt verwendet werden.
3. Angabe des Namens bzw. der Firma/Bezeichnung des Bewerbers, des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft bzw. des Dritten/Nachunternehmers mit Anschrift. Der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft hat einen für das Verfahren zuständigen Ansprechpartner nebst Stellvertreter mit E-Mail, Telefon- und Faxnummer anzugeben. Die Angabe von zusätzlichen Ansprechpartnern nebst Stellvertretern für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft und jeden Dritten/Nachunternehmer ist nicht erforderlich. Es kann das von der Auftraggeberin bereitgestellte Formblatt verwendet werden.
4. Handelsregisterauszug, nicht älter als 6 Monate, bezogen auf den Schlusstermin für den Eingang des Teilhmeantrags, oder eine Kopie desselben. Soweit der Bewerber, das Mitglied der Bewerbergemeinschaft bzw. der Dritte/Nachunternehmer nicht im Handelsregister eingetragen ist, ist ein vergleichbarer Nachweis für die Existenz des Bewerbers, des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft bzw. des Dritten/Nachunternehmers vorzulegen.
5. Eigenerklärung darüber, ob, mit wem und auf welche Art der Bewerber, das Mitglied der Bewerbergemeinschaft bzw. der Dritte/Nachunternehmer mit Unternehmen wirtschaftlich verknüpft ist. Hierfür kann das von der Auftraggeberin bereitgestellte Formblatt verwendet werden.
6. Eigenerklärung des Bewerbers, dass keine Ausschlussgründe nach § 4 Absatz 6 VOF und § 4 Absatz 9 VOF vorliegen. Und soweit Tatbestände nach den vorgenannten Vorschriften beim Bewerber/Mitglied der Bewerbergemeinschaft vorliegen, sind dazu nähere Angaben zu machen, um der Auftraggeberin eine Entscheidung über den Ausschluss zu ermöglichen. Hierfür kann das von der Auftraggeberin bereitgestellte Formblatt verwendet werden.
7. Eigenerklärung, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde. Hierfür kann das von der Auftraggeberin bereitgestellte Formblatt verwendet werden.

III.2.2. Economic and financial ability

Minimum level(s) of standards possibly required: Die nachstehenden Angaben, Erklärungen und Nachweise sind von den Bewerbern vorzulegen. Ausländische Bewerber haben für die geforderten Nachweise vergleichbare, für den Sitz des Unternehmens geltende Nachweise vorzulegen:

1. Bestätigung, dass der Bewerber Im Auftragsfall über eine Berufshaftpflichtversicherung verfügt, deren Deckungssummen mindestens 1 500 000 EUR pro Schadensfall für Personenschäden und 500 000 EUR pro Schadensfall für sonstige Schäden betragen. Dabei muss die Gesamtleistung des Versicherers für alle Versicherungsfälle eines laufenden Jahres das Zweifache der oben genannten Deckungssummen betragen. Im Falle von Bewerbergemeinschaften ist nur eine entsprechende Bestätigung der Bewerbergemeinschaft erforderlich. Von Dritten/Nachunternehmern ist die Bestätigung nicht erforderlich. Es kann das von der Auftraggeberin bereitgestellte Formblatt verwendet werden.
2. Eigenerklärung über den Gesamtumsatz (netto ohne Umsatzsteuer) des Bewerbers, des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft bzw. des Dritten/Nachunternehmers den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren. Eine mindestens 3-jährige Geschäftstätigkeit ist dabei eine Mindestanforderung. Hierfür kann das von der Auftraggeberin bereitgestellte Formblatt verwendet werden.
3. Eigenerklärung über den Umsatz (netto, ohne Umsatzsteuer) des Bewerbers, des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft bzw. des Dritten/Nachunternehmers mit vergleichbaren Leistungen der Leistungsphasen 4-8 in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren. Eine mindestens 3-jährige Geschäftstätigkeit mit Planungsleistungen der Leistungsphasen 4-8 ist dabei eine Mindestanforderung. Hierfür kann das von der Auftraggeberin bereitgestellte Formblatt verwendet werden.

III.2.3. Technical and professional ability

Minimum level(s) of standards possibly required:

Die nachstehenden Angaben, Erklärungen und Nachweise sind innerhalb eines Teilnahmeantrags einmal vorzulegen. Ausländische Bewerber haben für die geforderten Nachweise vergleichbare, für den Sitz des Unternehmens geltende Nachweise vorzulegen:

1. Eigenerklärung zur mittleren Anzahl der beschäftigten Architekten und Bauingenieure in den letzten 3 Jahren (2011-2013). Eine mindestens 3-jährige Geschäftstätigkeit ist dabei eine Mindestanforderung. Im Falle von Bewerbergemeinschaften ist die Erklärung von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft, im Falle vorgesehenen Einsatzes von Dritten /Nachunternehmern ist die Erklärung von jedem Dritten/Nachunternehmer vorzulegen. Hierfür kann das von der Auftraggeberin bereitgestellte Formblatt verwendet werden.

2. Eigenerklärung zu vergleichbaren Referenzprojekten mit Tragwerksplanungen der Leistungsphasen 4 bis 8 (Rehaklinik, Bettenhaus), die seit dem 1.1.2011 erbracht wurden bzw. sich in Bearbeitung befinden. Vergleichbar sind Leistungen wie sie in Ziff. II.1.5) dieser Bekanntmachung beschrieben sind. Sollten mehr als 3 Referenzprojekte dargestellt werden, wird die Auftraggeberin bei der Prüfung nach Ziff. IV.1.2/3) dieser Bekanntmachung alle dargestellten Referenzen berücksichtigen, bei der Bewertung nach Ziff. IV.1.2/4) dieser Bekanntmachung jedoch nur die 3 besten der dargestellten Referenzen. Zu jeder Referenz sind folgende Angaben zu machen:

- Projektbezeichnung mit Adresse unter Angabe des Bewerbers, des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft, des Dritten/Nachunternehmers, von dem die Referenzstammt – Auftraggeber mit Adresse –Ansprechpartner bei Auftraggeber mit Telefonnummer. Mit diesen Angaben stimmt der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft einer telefonischen Nachfrage des Auftraggebers beim Referenzgeber zu.
- Zeitraum der erbrachten Eigenleistung.
- Kurze Beschreibung des Projekts inklusive Angaben zum Bauobjekt und zu Inhalt und Umfang der selbst erbrachten Tragwerksplanung der Leistungsphasen 4 bis 8.
- Darstellung inwieweit die erbrachten Leistungen vergleichbar mit den hier zur Vergabe anstehenden Leistungen sind. Hierfür kann das von der Auftraggeberin bereitgestellte Formblatt verwendet werden.

3. Erklärung zur für die zu vergebenden Leistungen eingesetzten technischen Leitung (Projektleiter, Stellvertretender Projektleiter). Zu jeder der vorgenannten Personen sind folgende Angaben zu machen, die gem. Ziff. IV.1.2) dieser Bekanntmachung bei der Prüfung und Wertung der Teilnahmeanträge Berücksichtigung finden:

- a. Name,
- b. Jahrgang,
- c. Ausbildung unter Eigenerklärung, über welche Abschlüsse die Person verfügt,
- d. Berufserfahrung mit Tragwerksplanung der Leistungsphasen 4 bis 8 in Jahren,
- e. Berufsjahre in technisch leitender Funktion,
- f. Mindestens 3 persönliche Referenzprojekte inklusive folgender Angaben:
 - Projektbezeichnung,
 - Kurzbeschreibung des Referenzprojektes unter Angaben zum Bauobjekt und zu Inhalt und Umfang der eigens erbrachten Leistungen,
 - Zeitraum der Tätigkeit.

Hierfür kann das von der Auftraggeberin bereitgestellte Formblatt verwendet werden. Sollten mehr als 3 Referenzprojekte eingereicht werden, wird die Auftraggeberin die 3 besten Projekte für die Wertung heranziehen. Mindestanforderung: Der Projektleiter bzw. sein Stellvertreter muss jeweils an mindestens einer der für das Unternehmen in dieser Bewerbung genannten Referenzprojekten teilgenommen haben.

III.2.4. Information about reserved contracts

III.3. Conditions specific to services contracts

III.3.1. Information about a particular profession

Execution of the service is reserved to a particular profession: yes
Reference to the relevant law, regulation or administrative provision: Einschlägige Berufszulassungs- und Befähigungsvorschriften für Ingenieure.

III.3.2. Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract: yes

Section IV: Procedure

IV.1. Type of procedure

IV.1.1. Type of procedure

Negotiated

IV.1.2. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged minimum number 3: and Maximum number 5

Objective criteria for choosing the limited number of candidates: Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Die Prüfung und Wertung der Teilnahmeanträge erfolgt nach folgendem System:

1. Prüfung der Teilnahmeanträge auf Einhaltung der Formalien gemäß Ziff. VI.3/2) der Bekanntmachung und auf Vorliegen der geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise gem. Ziff. III.2) dieser Bekanntmachung.
2. Prüfung der Teilnahmeanträge auf Vorliegen von Ausschlussgründen und Erfüllung der Mindestanforderungen.
3. Prüfung der persönlichen Lage, der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit sowie der technischen Leistungsfähigkeit des Bewerbers bzw. der Bewerbergemeinschaft

gemessen an der zu vergebenden Leistung anhand der vom Bewerber bzw. der Bewerbergemeinschaft eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweise nach Ziff. III.2) dieser Bekanntmachung.

4. Sollten danach mehr als fünf Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften die geforderten Eignungsvoraussetzungen erfüllen, so wird der Auftraggeber die Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften auswählen, die die geforderten Eignungsvoraussetzungen am besten erfüllen. Zur Ermittlung dieser Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften wird der Auftraggeber die vom Bewerber bzw. von der Bewerbergemeinschaft zu Ziff. III.2.3) dieser Bekanntmachung eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweise bewerten und dabei folgende objektive Kriterien anwenden:

1. Bewertung der gem. Ziff. III.2.3) Nr. 2 angegebenen Referenzprojekte im Hinblick auf die Vergleichbarkeit zum hier ausgeschriebenen Leistungsgegenstand. Der Auftraggeber wird die eingereichten Angaben einer Gesamtbetrachtung im Hinblick auf die Vergleichbarkeit mit den gem. Ziff. II.1.5) dieser Bekanntmachung einzeln beschriebenen Leistungen unterziehen, wobei insgesamt für dieses Kriterium 90 Punkte (vollumfänglich vergleichbar) erreicht werden können. Sind nur einzelne der eingereichten Referenzprojekte vergleichbar nach Art und Umfang, so kann max. die halbe Punktzahl erreicht werden. Übersteigen die Darstellungen der eingereichten Referenzprojekte die aufgestellten Mindestanforderungen nicht, so werden keine Punkte vergeben.

2. Bewertung der gem. Ziff. III.2.3) Nr. 2 gemachten Angaben im Hinblick auf den vom Auftraggeber erwarteten hohen Qualifizierungsstandard (max. 10 Punkte: überzeugende Darstellung vorhandener und angewandter Qualifizierungsstandards = maximale Punkte; Standard teilweise vorhanden und nachvollziehbar dargestellt = halbe Punktzahl; wenig überzeugende Darstellung oder nichtvorhandener Qualifizierungsstandard = keine Punkte).

IV.1.3. Information about reduction of the number of solutions or tenders during negotiation or dialogue

Recourse to staged procedure to gradually reduce the number of solutions to be discussed or tenders to be negotiated no

IV.2. Award criteria

IV.2.1. Award criteria

The most economically advantageous tender in terms of Price is not the only award criterion and all criteria are stated only in the procurement documents

IV.2.2. Information about electronic auction

An electronic auction will be used: no

IV.3. Administrative information

IV.3.1. File reference number attributed by the contracting authority

VBG/2014/08/0690

IV.3.2. Previous publication concerning this procedure

IV.3.3. Conditions for obtaining specifications and additional documents or descriptive document

Payable documents: no

IV.3.4. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

7.10.2014 - 12:00

IV.3.5.

Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

13.10.2014

IV.3.6. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted
German.

IV.3.7. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

IV.3.8. Conditions for opening of tenders

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.2. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

VI.3. Additional information

1. Zu Ziff. IV.1.1) dieser Bekanntmachung:

Das Vergabeverfahren wird als Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb gemäß der VOF geführt. Der durch diese Bekanntmachung eingeleitete Teilnahmewettbewerb ist Teil des Verhandlungsverfahrens und dient der Eignungsprüfung und -bewertung der Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften. Die Vergabeunterlagen werden nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs nur an die im Teilnahmewettbewerb ausgewählten Bewerber versandt. Die Auftraggeberin behält sich die Möglichkeit der Abstandnahme oder Ergänzung von einzelnen Inhalten des Auftragsgegenstandes im Sinne von Ziff. II.1.5) dieser Bekanntmachung vor, wenn sich diese während der Verhandlungen oder während des laufenden Verfahrens als überflüssig, zu weitgehend oder sonst unzweckmäßig erweisen.

2. Zu dieser Bekanntmachung allgemein:

Die Einreichung eines Teilnahmeantrags kann unter Verwendung des bei der Auftraggeberin verfügbaren Bewerbungsbogens erfolgen. Der Bewerbungsbogen kann bei der Stelle gemäß Ziff. I.1) dieser Bekanntmachung auf der elektronischen Vergabeplattform (DTVP) abgerufen werden. Die Bewerbung ist mit den in dieser Bekanntmachung geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweisen gemeinsam, rechtzeitig und verschlossen einzureichen. Enthalten die vorgenannten Unterlagen nach Auffassung des Bewerbers bzw. des Mitglieds einer Bewerbergemeinschaft Unvollständigkeiten, Unklarheiten oder Rechtsverstöße, so ist die Auftraggeberin unverzüglich darauf hinzuweisen. Auskünfte werden grundsätzlich nur auf solche Fragen erteilt, die bis spätestens 10 Kalendertage vor dem Schlusstermin für die Einreichung der Teilnahmeanträge bei der unter Ziff. I.1) dieser Bekanntmachung genannten Stelle eingegangen sind. Später eingehende Auskunftersuchen und mündliche/telefonische Anfragen werden nicht beantwortet. Auskunftersuchen sind ausschließlich über die elektronische Vergabeplattform zu stellen und werden ausschließlich über die elektronische Vergabeplattform beantwortet.

3. Zu Ziff. IV.1.2) dieser Bekanntmachung:

Sollte sich bei der Prüfung und Wertung der Teilnahmeanträge herausstellen, dass weniger als 5 Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften für die zu vergebenden Planungsleistungen geeignet sind, können auch weniger Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften für das weitere

Verfahren ausgewählt werden. Bei Punktgleichheit können auch mehr als fünf Bewerber für das Verfahren ausgewählt werden.

4. Zu Ziff. III.2) und IV.1.2) dieser Bekanntmachung:

Sämtliche Angaben, Erklärungen und Nachweise gem. Ziff. III.2) dieser Bekanntmachung sind bis zum Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge (Ziff. IV.3.4)) dieser Bekanntmachung) mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Ein Verweis auf frühere Teilnahmeanträge/Bewerbungen ist nicht ausreichend.

Soweit Angaben, Erklärungen und Nachweise in Form von Eigenerklärungen mit dem Teilnahmeantrag einzureichen sind oder die Auftraggeberin Bedenken hinsichtlich der Eignung hat, behält sich die Auftraggeberin vor, die Vorlage von weiteren Unterlagen (Originale, Bestätigungen o. ä.) innerhalb einer angemessenen Frist zu verlangen. Im Übrigen ist Ziff. IV.1.2) dieser Bekanntmachung zu beachten.

5. Zu Ziff. III.2) dieser Bekanntmachung:

Ein Bewerber kann sich, auch als Mitglied einer Bewerbergemeinschaft, zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen sowie technischen Leistungsfähigkeit der Fähigkeiten anderer Unternehmen (Dritter/Nachunternehmer) bedienen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesen Unternehmen bestehenden Verbindungen. In diesem Fall hat der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft diese Dritten/Nachunternehmer in seinem/ihrer Teilnahmeantrag zu benennen und die unter Ziff. III.2.1), III.2.2) und III.2.3)/1) dieser Bekanntmachung bezeichneten Angaben, Erklärungen und Nachweise für diese Dritten/Nachunternehmer in dem dort geforderten Umfang vorzulegen. Dies gilt auch für Unternehmen im Konzernverbund. Die weiteren unter Ziff. III.2.3) dieser Bekanntmachung bezeichneten Unterlagen sind für diese Dritten/Nachunternehmer in dem Umfang vorzulegen, in dem sich der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft auf die Fähigkeiten der Dritten /Nachunternehmer zum Nachweis der wirtschaftlichen und/oder finanziellen und/oder technischen Leistungsfähigkeit beruft. Mit dem Teilnahmeantrag ist zudem von jedem dieser Dritten/Nachunternehmer die Erklärung vorzulegen, aus der hervorgeht, dass der Bewerber /Bieter bzw. die Bewerbergemeinschaft/Bietergemeinschaft im Falle der Auftragserteilung auf die erforderlichen Mittel der benannten Dritten/Nachunternehmer zugreifen kann (Verpflichtungserklärung).

6. Zu Ziff. III.2.3)/4) dieser Bekanntmachung:

Die Auftraggeberin geht davon aus, dass die im Teilnahmeantrag anzugebende eingesetzte technische Leitung (Projektleiter, Stellvertretender Projektleiter) im Falle der Auswahl des Bewerbers bzw. der Bewerbergemeinschaft im Teilnahmewettbewerb für das weitere Verfahren unverändert bleibt. Sollte dies nicht der Fall sein, so hat der ausgewählte Bewerber bzw. die ausgewählte Bewerbergemeinschaft dies zu begründen und für diese Personen die Angaben, Erklärungen und Nachweise vorzulegen, die für die technische Leitung unter Ziff. III. 2.3)/3) dieser Bekanntmachung gefordert sind. Sollte der ausgewählte Bewerber bzw. die ausgewählte Bewerbergemeinschaft hiervon Gebrauch machen – also Personal der technischen Leitung nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs austauschen – so hat der ausgewählte Bewerber bzw. die ausgewählte Bewerbergemeinschaft nachzuweisen, dass die Person gleich geeignet ist. Die Auftraggeberin wird die Einhaltung dieser Vorgabe anhand der Angaben des betroffenen Bewerbers bzw. der betroffenen Bewerbergemeinschaft überprüfen. Wird die vorstehende Vorgabe vom betroffenen Bewerber bzw. von der betroffenen Bewerbergemeinschaft nicht eingehalten, wird er bzw. sie seitens der Auftraggeberin darauf hingewiesen und erhält unter Fristsetzung einmalig die Gelegenheit, sein/ihr Angebot zu optimieren, um die Vorgabe einzuhalten. Wird die Vorgabe auch nach Optimierung des Angebotes nicht eingehalten, wird der betroffene Bewerber bzw. die betroffene Bewerbergemeinschaft vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

7. Hinweis für die Erstellung und Einreichung des Teilnahmeantrags:

Die für die Erstellung des Teilnahmeantrags erforderlichen Angaben können unter Verwendung des Bewerbungsbogens gemacht werden. Es sind nur die in dieser Bekanntmachung geforderten Unterlagen einzureichen. Zusätzliche Unterlagen (Prospekte, Mappen, sonstiges Bewerbungsmaterial), die nicht gefordert sind, werden nicht berücksichtigt.

9. Die Angebotsfrist endet am 27.10.2014.

Bekanntmachungs-ID: CXS0YYMYA4.

Elektronische Einreichung von Angeboten und Teilnahmeanträgen – sofern von der Vergabestelle zugelassen – unter <http://www.dtv.de/Center/>

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

VI.4.2. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures: Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen und Rügen ergeben sich aus § 107 Abs. 3 GWB. Soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung der Auftraggeberin, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind, ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig. Für die Einlegung von Rechtsbehelfen gelten u. a. die folgenden Regelungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB): § 101 a Informations- und Wartepflicht:

„(1) Der Auftraggeber hat die betroffenen Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist. Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information nach den Sätzen 1 und 2 geschlossen werden. Wird die Information per Fax oder auf elektronischem Weg versendet, verkürzt sich die Frist auf 10 Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an.

(2) Die Informationspflicht entfällt in Fällen, in denen das Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung wegen besonderer Dringlichkeit gerechtfertigt ist.“

§ 101b Unwirksamkeit:

„(1) Ein Vertrag ist von Anfang an unwirksam, wenn der Auftraggeber,

1. gegen § 101a verstoßen hat oder

2. einen öffentlichen Auftrag unmittelbar an ein Unternehmen erteilt, ohne andere Unternehmen am Vergabeverfahren zu beteiligen und ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist und dieser Verstoß in einem Nachprüfungsverfahren nach Absatz 2 festgestellt worden ist.

(2) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.“

§ 107 Einleitung, Antrag:

„(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse am Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Abs. 7 durch Nichtbeachtung von

Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 101b Abs. 1 Nr. 2. § 101a Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt.“

VI.4.3. Service from which information about the review procedure may be obtained

Official name: Vergabekammern des Bundes

Postal address: Villemomblerstr. 76

Town: Bonn

Postal code: 53123

Country: Germany

Telephone: +49 22894990

Fax: +49 2289499163

Internet address: <http://www.bundeskartellamt.de>

VI.5. Date of dispatch of this notice

5.9.2014